

Standpunkt

Diskussionsimpulse und Konzepte des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Sichere Beschäftigungsverhältnisse in Hessen?

Spezifische Wirtschaftsstruktur und trübe Konjunkturaussichten sprechen derzeit dagegen

Philipp Ehmer*

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Unter dem Stichwort „gute Arbeit“ kann man neben den allgemeinen Arbeitsbedingungen auch Fragen zur Sicherheit eines Beschäftigungsverhältnisses subsumieren. Wie sicher Arbeitsplätze sind, hängt unter anderem von der sektoralen Wirtschaftsstruktur ab. Während Dienstleistungen zwar konjunkturell weniger volatil sind, weisen Daten der Bundesagentur für Arbeit daraufhin, dass Beschäftigungsverhältnisse hier dennoch instabiler sind als in der Industrie. Vor diesem Hintergrund zeigt der Fokus auf Dienstleistungen in Hessen – bei einer prinzipiell gesunden Wirtschaftsstruktur mit breiter Branchenbasis – an, dass Arbeitsverhältnisse in der Tendenz wenig sicher sind. Mithin besteht ein hoher Bedarf an wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Absicherung von Beschäftigungsverhältnissen. Gleichzeitig trüben sich die Konjunkturaussichten sämtlicher Wirtschaftsbereiche ein und der in Frankfurt konzentrierte Finanzsektor leidet an der zweiten schweren Krise in fünf Jahren. Diese Entwicklungen rufen Anpassungsdruck in den Unternehmen hervor. Instrumente wie die Kurz- und Leiharbeit sind wichtig und können ihnen helfen – allerdings muss Missbrauch verhindert werden.

„Gute Arbeit“ erfordert auch ein gewisses Maß an finanzieller Sicherheit

Unter dem Stichwort „gute Arbeit“ versteht man originär die (gesundheitlichen) Arbeitsbedingungen, die Menschen an ihrem Arbeitsplatz vorfinden.¹ Etwas weiter gefasst beinhaltet der Begriff aber auch Fragen zur Sicherheit eines Beschäftigungsverhältnisses. Dahinter steckt der Gedanke, dass „gute“ Arbeitsbedingungen auch ein gewisses Maß an finanzieller Sicherheit und Planbarkeit mit sich bringen müssen.

Ein Indikator, der zwar nicht direkt die Sicherheit von Beschäftigungsverhältnissen misst, aber trotzdem aufschlussreich sein sollte, ist die Arbeitslosenquote. Als wirtschaftlich erfolgreiches Bundesland verzeichnet Hessen derzeit die viert geringste Arbeitslosenquote in Deutschland. In diesem Kontext noch wichtiger: selbst im Krisenjahr 2009 stieg die Quote lediglich um 0,2 Prozentpunkte an, deutlich weniger etwa als in Baden-Württemberg (plus 1 Prozentpunkt).² Trotz eines historischen Wirtschaftseinbruchs konnten in Hessen offensichtlich viele Beschäftigungsverhältnisse erhalten werden.

1 Vgl. zum Beispiel die Umfragen zum DGB-Index Gute Arbeit oder IG Metall (2007). Handbuch „Gute Arbeit“. Hamburg.

2 Datenquelle sämtlicher Statistiken in diesem Beitrag sind verschiedene Publikationen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter in Deutschland, insbesondere die GENESIS Regionaldatenbank.

* Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind vom Autor in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

Wirtschaftsstruktur prägt Beschäftigungsverhältnisse

Sehr bedeutsam für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und die Sicherheit von Beschäftigungsverhältnissen ist die sektorale Wirtschaftsstruktur einer Region – also die Bedeutung einzelner Industrie- und Dienstleistungsbranchen. Insgesamt zeigen Daten eine stabilere Beschäftigung in der Industrie. Dies mag zunächst überraschen, da die Industrieproduktion in der Regel großen Schwankungen unterliegt und von weltweiten Konjunkturzyklen getrieben wird. Gerade das Geschäft der Investitionsgüterindustrie verläuft sehr wechselhaft – und auf diesen Bereich ist die hessische Industrie fokussiert: Über 40 Prozent der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe arbeiten allein in den Branchen Fahrzeugbau, Metallverarbeitung und Maschinenbau. Diese Wirtschaftszweige reagieren besonders sensibel auf Veränderungen im konjunkturellen Umfeld. Dienstleistungen werden dagegen zu einem Großteil direkt vom Konsumenten nachgefragt und zwar unabhängig von der wirtschaftlichen Lage, z. B. Arztbesuche oder Reinigungsservice. Der Absatz von Dienstleistungen zeichnet sich daher durch eine größere Stabilität aus. Dies hat sich auch in der Wirtschaftskrise 2009 bestätigt: Während die Wertschöpfung im hessischen Dienstleistungssektor stagnierte, brach sie in der Industrie um 15 Prozent ein.

Daraus zu schließen, dass sich auch die Beschäftigung im Dienstleistungssektor stabiler entwickle, wäre allerdings vorschnell. Denn Industriebetriebe berücksichtigen Absatzschwankungen in ihren Planungen und haben die Möglichkeit, Erzeugnisse zu lagern und auch in wirtschaftlich schwächeren Zeiten ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beschäftigen. Mit solchen Puffern können Durststrecken überwunden werden, auf die Dienstleister mitunter mit Entlassungen reagieren müssen. Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit bestätigen diese Überlegungen. Im Jahr 2011 wurden in Deutschland im Dienstleistungssektor etwa sechs Mal so viele Beschäftigungsverhältnisse begonnen und beendet wie im Verarbeitenden Gewerbe. Zwar liegt auch die Gesamtzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (also der Bestand) hier höher; dennoch betrug der Fluktuationskoeffizient 2011 im Dienstleistungssektor das Doppelte dessen der Industrie.³ Dies gibt einen Hinweis darauf, dass trotz größerer wirtschaftlicher Stabilität die Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor unsicherer sind als in der Industrie.

Ferner sprechen die verschiedenen Arten der Erwerbstätigkeit dafür, dass Jobs im Dienstleistungsgewerbe nicht immer finanzielle Sicherheit mit sich bringen. Einige Dienstleistungsbranchen sind von einer Vielzahl von Selbstständigen geprägt. Diese Erwerbstätigen sehen sich oft unsicheren Einkommensverhältnissen ausgesetzt, während industrielle Arbeitsplätze häufig in großen Unternehmen und Branchen mit vielen Beschäftigten angesiedelt sind, für die Tarifverträge ausgehandelt werden und die einen größeren Schutz vor Einkommensschwankungen genießen. Zahlreiche Dienstleistungsmärkte sind durch geringe Markteintrittsbarrieren charakterisiert, d. h. es ist mit vergleichsweise wenig Kapital möglich, etwa ein neues Restaurant, einen Friseursalon oder ein Internetcafé zu eröffnen. Das Resultat ist ein hoher Konkurrenzdruck, durch den der Wettbewerb auch über die Löhne auf dem Rücken der Erwerbstätigen ausgetragen wird. Ein prominentes Beispiel für eine hiervon betroffene Branche ist die Kreativwirtschaft. Mit diesem wirtschaftlich bedeutenden Sektor schmücken sich seit einigen Jahren viele Standorte. Die oft prekäre Einkommenssituation, unter der viele Kreativschaffende leiden, wird dagegen selten thematisiert. Dabei arbeiten viele Künstler, Werbetexter, Schauspieler oder Schriftsteller in Kleinbetrieben oder als Selbstständige in einem harten Wettbewerbsumfeld, das Einkommen am Rande des Existenzminimums mit sich bringt.⁴ Die finanzielle Unsicherheit bewirkt zudem eine verminderte Planbarkeit etwa von Familiengründungen – eine Situation, der Beschäftigte in der Industrie nicht ausgesetzt sind.

Relativ gesunde Wirtschaftsstruktur in Hessen – mit Fokus auf Dienstleistungen

Die hessische Wirtschaftsstruktur wird durch Dienstleistungen dominiert. Nahezu drei Viertel der Beschäftigten sind als Dienstleister tätig – soviel wie in keinem anderen deutschen Flächenstaat. Selbstverständlich

3 Der Fluktuationskoeffizient misst die Zu- und Abgänge innerhalb der Beschäftigtenzahlen, also die Fluktuation von Beschäftigungsverhältnissen, nach Wirtschaftsbereichen getrennt. Die Bundesagentur für Arbeit berechnet diese Kennzahl, indem sie die neu begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnisse zum Bestand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einem Jahr in Relation setzt. Mit dem Fluktuationskoeffizient kann die Sicherheit von Arbeitsplätzen zwar nicht exakt, aber doch als Annäherung quantifiziert werden.

4 Vgl. Deutsche Bank Research (2011). Kultur- und Kreativwirtschaft: Wachstumspotenzial in Teilbereichen. Aktuelle Themen 508. Frankfurt am Main.

sei hier vor Verallgemeinerungen gewarnt: Innerhalb des Tertiärsektors ist zwischen sehr heterogenen Branchen zu unterscheiden. Nicht alle leiden unter den Problemen der Kreativwirtschaft oder verzeichnen eine hohe Arbeitnehmerfluktuation. Jedoch kann die große Bedeutung von Dienstleistungen in Hessen durchaus als Tendenz verstanden werden. Alles in allem kann die Beurteilung der Güte der Arbeit – unter Einbeziehung des Kriteriums der Jobsicherheit – für Hessen allenfalls eingeschränkt positiv ausfallen. Daher ergibt sich aus der spezifischen Wirtschaftsstruktur Hessens ein hoher Bedarf an wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Absicherung von Beschäftigungsverhältnissen.

Dieser Bedarf besteht angesichts des trüben konjunkturellen Umfelds in besonderem Maße. Vorteilhaft ist die relativ geringe Branchenkonzentration im Bundesland Hessen: Zwar dominiert insgesamt der Dienstleistungssektor und innerhalb dessen ist das Finanzgewerbe in der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main konzentriert. Allerdings gibt es darüber hinaus industrielle Ballungszentren und weitere bedeutende Branchen, wie die Logistik, die einer starken Branchenkonzentration entgegen wirken. Auch innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sind andere deutsche Flächenstaaten zum Teil stärker fokussiert. Die breite Basis an Wirtschaftszweigen in Hessen wirkt als Dämpfer konjunktureller Schwankungen. Geraten einzelne Branchen in eine Krise, können andere die Konjunktur stabilisieren.

Schuldenkrise belastet den Arbeitsmarkt

Allerdings müssen in der aktuellen Schuldenkrise hierzu zwei Einschränkungen gemacht werden: Erstens trifft die Krise den Finanzsektor, und damit die Branche, die im Bundesland Hessen stark konzentriert ist, mit großer Härte. Zweitens wirkt die derzeitige Konjunkturschwäche simultan auf sehr viele Absatzmärkte deutscher Exporteure. Dies hebt den Vorteil der breiten Branchenbasis Hessens auf, da sämtliche Wirtschaftszweige gleichzeitig von der Krise betroffen sind. Die hessische Industrie erwirtschaftet etwa jeden zweiten Euro im Ausland, einen Großteil davon in der Eurozone. Die schwierigen Anpassungsprozesse in Ländern wie Spanien oder Italien lassen nicht erwarten, dass sich die Absatzzahlen in naher Zukunft ver-

bessern. In der kurzen Frist ist daher mit einer vergrößerten Unsicherheit der Beschäftigungsverhältnisse zu rechnen.

In der längeren Frist zeichnet sich durch die demografische Entwicklung hingegen ein positiver Trend ab. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts geht die Bevölkerung Hessens von derzeit 6 Mio. Einwohner in den nächsten Jahrzehnten um mehrere Hunderttausend zurück. Im Jahr 2050 mündet dieser Prozess je nach Szenario in einem Bevölkerungsrückgang von zwischen 7,5 und 12,5 Prozent. Bei gleichzeitiger Alterung der Gesellschaft und einem rückläufigen Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter ist – ungeachtet der Probleme, die der demografische Trend in anderen Bereichen aufwirft – eine Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen für Erwerbstätige zu erwarten.

Instrument der Leiharbeit für hessische Unternehmen wichtig – aber vor Missbrauch schützen!

Auf die negativen, in den kommenden Monaten zu erwartenden Entwicklungen ist mit Blick auf das Thema „gute Arbeit“ hinzuweisen. Aufgabe der Politik ist es dabei nicht, zum Wohle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Unternehmen in ihrer Anpassung an wirtschaftliche Schwächeperioden einzuschränken oder zu behindern. Stattdessen müssen den Unternehmen geeignete Instrumente zur Verfügung stehen, die solche Anpassungsprozesse ohne gravierende Auswirkungen auf die Qualität der Arbeitsplätze ermöglichen. Mit der Kurz- und Leiharbeit stehen solche Instrumente zur Verfügung. Bei der Leiharbeit ist allerdings neben der Frage der Entlohnung darauf zu achten, dass das Instrument nicht zweckentfremdet und dafür eingesetzt wird, fest angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unsichere Arbeitsverhältnisse zu drängen.⁵ Darüber hinaus sind verbindliche Obergrenzen für Leiharbeit angezeigt, um nicht dem Entstehen regulärer Arbeitsplätze entgegen zu wirken. Denn „gute“ Arbeitsplätze sind in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft wie Deutschland, in der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Know-how einen der wichtigsten Bestandteile des Wachstumsmotors darstellen, unabdingbar. Nur bei Aussicht auf sichere Beschäftigungsverhältnisse und

5 Die so genannte Drehtürklausel greift diesen Aspekt auf.

angemessene Entlohnung ist langfristig sichergestellt, dass Erwerbstätige zu wichtigen Investitionen in ihre eigene Ausbildung bereit sind. Gerade angesichts der demografischen Entwicklung sind solche Anreize wichtig. Denn nicht nur der Finanzplatz Frankfurt, sondern auch die vielen Industriebetriebe im Umland sind auf eine ausreichende Versorgung mit hochqualifizierten Fachkräften angewiesen. In gleichem Maße muss es ferner um Menschen mit niedrigerem Bildungsabschluss gehen. Etwa 15 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hessen verfügen über keinen Ausbildungsabschluss. Diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer laufen besonders Gefahr, in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt und für ihre Arbeit nicht angemessen entlohnt zu werden.

Fazit: schlechte Konjunkturperspektiven überwiegen den Vorteil einer gesunden Wirtschaftsstruktur

Insgesamt ist hinsichtlich der Sicherheit der Beschäftigungsverhältnisse in Hessen ein zweigeteiltes Fazit zu ziehen: Auf der einen Seite ist Hessen ein wirtschaftlich erfolgreiches Bundesland, das selbst die Wirtschaftskrise 2009 vergleichsweise unbeschadet überstanden hat. Es verfügt über eine relativ ausgewogene Wirtschaftsstruktur, sowohl in regionaler Hinsicht als auch den Branchenmix betreffend, wenn auch mit klarem Fokus auf Dienstleistungen. Gestützt durch den demografischen Trend wirken diese Aspekte zum Wohle der Ar-

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auf der anderen Seite zeigen Daten der Bundesagentur für Arbeit, dass gerade in Dienstleistungsbranchen die Fluktuation der Beschäftigten sehr hoch ist. Beschäftigungsverhältnisse sind hier in weiten Teilen weniger stabil als in der Industrie. Gleichzeitig haben jene Sektoren eine große Bedeutung, die in besonderem Maße durch die aktuelle Krise betroffen sind. Dies gilt zu allererst für den Finanzsektor, der aktuell die zweite schwere Krise innerhalb von fünf Jahren erlebt. Aber auch darüber hinaus kennzeichnet den Dienstleistungssektor Hessens eine Spezialisierung auf Leistungen für Unternehmen, die konjunkturabhängig nachgefragt werden und damit große Risiken aufweisen. Neben erhöhten Risiken eines Stellenabbaus werden sich diese Entwicklungen auch in der Entlohnung der Arbeitskräfte manifestieren. Daher dürften sich in den kommenden Monaten die finanzielle Sicherheit und damit die Qualität der Arbeitsplätze in Hessen verringern. Besonders wird dies Menschen ohne Ausbildungsabschluss treffen – sie sind in der Regel die ersten, die den Unterschied zwischen „guter“ und „schlechter“ Arbeit spüren.

Der Autor **Philipp Ehmer** (1981) ist Diplom Volkswirt und promoviert an der Universität Witten/Herdecke. Zuvor war er von 2007 bis 2011 als Branchenanalyst für Deutsche Bank Research in Frankfurt tätig.